

Trotzdem

das Rundschreiben der Freiplatzaktion Basel



Ausgabe 14 / April 2023



Es mag etwas sonderbar anmuten, die Frontseite unseres bescheidenen kleinen Rundschreibens mit einer Bildreferenz auf die ikonische Hymne des «Wu-Tang Clan» zu versehen. Ganz eindeutig muss man die legendäre Rap-Combo aus Staten Island knapp 30 Jahre nach ihren durchschlagenden Erfolgen mit der notwendigen, zeitgenössisch kritischen Brille hören und sehen. Dennoch beschrieb seit damals wohl kein Titel eines anderen Songs das Thema unserer aktuellen Ausgabe mit derart klarer Wucht: «cash rules everything around me» bringt auch heute noch exakt auf den Punkt, woran unsere Gesellschaft krankt. «Geld» im Sinne finanzieller Ressourcen, im Sinne von Wohlstand prägt uns, definiert uns und unterscheidet uns. In der Schweiz, einem der reichsten Länder weltweit, wird dies nirgendwo deutlicher sichtbar

«Die Schweizer Eigenheit, dass man «nicht über Geld redet, sondern es hat», verhindert leider eine ehrliche und öffentliche Debatte über Geld.»

als im Migrationsbereich. Entscheidet der individuelle Wohlstand in der Regel über die Zugehörigkeit zum sozialen Milieu, so entscheidet er hier zusätzlich und vorgeschoben über das Recht auf Einreise und Verbleib, den Aufenthaltsstatus, die Mobilität innerhalb der Schweizer Grenzen, die eigene Gesundheit (siehe auch **trotzdem #12** vom August 2022), über den Zugang zu Arbeit und zu welcher Art von Arbeit, über Bildungsstand- und Chancen und mitunter darüber, wieviele weitere Familienmitglieder in der «Heimat» (lies: im Herkunftsland) besser über die Runden kommen. Die Schweizer Eigenheit, dass man «nicht über Geld redet, sondern es hat», verhindert nun leider aber eine ehrliche und öffentliche Debatte über Geld. «Leider» deshalb, weil jegliche Debatte über Geld unweigerlich eine Debatte über Wert-

schätzung mit sich bringt. Und erhöhte Wertschätzung wäre gerade im Migrationsbereich von dringlicher Wichtigkeit. Wir möchten mit dieser Ausgabe unseres Rundschreibens deshalb einen Beitrag zu einer unverkrampfteren Diskussionskultur zum Thema Geld leisten – in der Hoffnung, dass sich dadurch für unsere Klientel vielleicht auch einiges zum Besseren wendet. Denn ja, Geld ist leider einfach wichtig. Vor allem, wenn man es nicht hat. (cas)

Giesskannen statt Pipetten	Seiten 2-3
Projektziel: Sozialer Wandel	Seiten 4-5
Cash rules everything around me	Seiten 6-7
Danke für Ihre Spende!	Seite 8

Giesskannen statt Pipetten

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie effektiv finanzielle Unterstützungsmassnahmen sein können, die sich nicht im engen Rahmen von staatlichen Sozialhilfestrukturen und «Integrationszielen» bewegen müssen. Wo bleibt die Debatte darüber?

Die Corona-Krise hat ganz praktisch aufgezeigt, wie Unterstützungsstrukturen für bedürftigere Menschen theoretisch funktionieren könnten. Mit Kurzarbeitsentschädigungen, Erwerbsausfall (infolge Betriebschliessung, Veranstaltungsverbot, eingeschränkter Erwerbstätigkeit oder ausgefallener Fremdbetreuung), Nothilfegeldern von Suisse Culture für Kulturschaffende, kantonalen Unterstützungsprogrammen für Selbständige, sowie 44 Mio. Franken der Glückskette für soziale Projekte in der Schweiz wurden auf verschiedenen Ebenen die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt, welche die individuelle ökonomische Situation der von der Krise betroffenen Personen massiv verbessert haben.

Auch wenn sicher noch mehr Unterstützung möglich gewesen wäre – etwa die Aussetzung von Mietzahlungen – haben diese Massnahmen gezeigt, dass es möglich ist, Arbeit und Einkommen (zumindest teilweise) voneinander zu entkoppeln und eine finanzielle Unterstützung bereitzustellen, die schnell und unbürokratisch ausbezahlt werden kann. Insbesondere das Klientel der Freiplatzaktion hat dank dieser Massnahmen inmitten dieser schwierigen Zeit eine wichtige Verschnaufpause erhalten. Durch unsere zusätzlichen Mittel konnten überfällige Mieten, Telefonrechnungen, Krankenkassenprämien oder Inkasso-Rechnungen

noch rechtzeitig beglichen werden, bevor grösserer Schaden angerichtet wurde.

Eigentlich hätte man ja vermuten können, dass die kollektive Erfahrung dieser (sicher nicht letzten) globalen Krise der Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen neuen Schub verleiht. Der massive Einfluss der Corona-Krise auf die Arbeitsrealitäten eines Grossteils der Bevölkerung, die unübersehbare Abhängigkeit der Schweiz von globalen Warenströmen, sowie die Erfahrung, zu was eine reiche Gesellschaft wie die Schweiz im Zweifelsfall in der Lage sein kann, bot viele gute Argumente für eine Wiederbelebung einer solchen Idee. Entsprechend mag es etwas erstaunen, dass sich hier nicht all zu viel tut. So musste die zweite Grundeinkommens-Initiative mit dem Titel «Leben in Würde – für ein finanzierbares bedingungsloses Grundeinkommen» zwei Jahre nach Lancierung der Unterschriftensammlung mangels Beteiligung in vergangenen Januar eingestellt werden. Versuche, auf lokaler Ebene Pilotprojekte zu starten, sind bisher auch gescheitert. So etwa zuletzt im vergangenen September in der Stadt Zürich, wo eine Initiative mit 46,5% knapp abgelehnt wurde. Noch etwas kleiner, dafür konkreter präsentiert sich dafür das Projekt «Ting». Das 2019 ins Leben gerufene Projekt setzt auf konkrete Umverteilung: Bei Ting zahlen derzeit 430 Mitglieder monatlich einen

Betrag auf ein Gemeinschaftskonto ein, was Empfänger:innen als zeitlich begrenztes Einkommen zur Verfügung steht. Hier geht es also weniger um ein dauerhaftes Grundeinkommen, sondern um den Abbau finanzieller Hürden, die Menschen daran hindern könnten, eine mutige Lebensentscheidung zu treffen. Trotz dieser Einschränkung ein interessantes Konzept, dass sicher auch durch die kollektive Corona-Erfahrung an Popularität gewonnen hat. Dennoch verdeutlicht die Existenz dieses, auf privatem Engagement fussenden Projekts, dass die Schweizer Stimmbevölkerung noch weit davon entfernt ist, eine staatliche Form des Grundeinkommens zu befürworten.

Woran könnte das liegen?

Rechte und konservative Parteien haben im gesamten Verlauf der Pandemie ausschliesslich auf die hohen volkswirtschaftlichen Kosten staatlicher Massnahmen verwiesen. Während in unseren Nachbarländern um eine vertretbare Position zwischen moralischer Verantwortung des Schutzes von Menschenleben und ökonomischen Interessen gestritten wurde, folgte der politische Diskurs in Schweiz einem überwiegend ökonomistischen Argumentationsrahmen. Wie hoch der Preis auch sein mochte, es musste möglichst schnell wieder wirtschaftliche Normalität hergestellt werden. Man denke etwa an Ueli Maurers denkwürdige Aussage, die

Schweiz könne sich «einen zweiten Lockdown nicht leisten». Zwar wurden die ergriffenen Massnahmen 2021 in einem externen Bericht teilweise evaluiert, eine öffentliche Debatte darüber, was in dieser Zeit eigentlich gut bzw. nicht so gut gelaufen ist, sucht man jedoch vergeblich. Hingegen präsentierte Maurer noch mitten in der Krise seine Pläne, wie die durch die Corona-Krise entstandenen Staatsschulden wieder abgebaut werden könnten.

Auch die neue Finanzministerin Karin-Keller-Sutter kündigte an, dass der hohen Staatsverschuldung nun mit Sparmassnahmen begegnet werden solle. Was als Notwendigkeit für das Ringen um Konzepte für zukünftige Krisen hätte verstanden werden müssen, wird letztlich wieder nur unter dem Aspekt der Schul-

den(bremse) verhandelt. Dabei geht vergessen, dass grade der verhältnismässig gut ausgebaute Sozialstaat der Schweiz massgeblich dazu beigetragen hat, dass die Schweiz im internationalen Vergleich nur sehr wenig Coronahilfsgelder (anteilig am BIP) zuschiessen musste. Selbst in der NZZ konnte man lesen, dass es wesentlich dem guten Sozialstaat zu verdanken sei, dass im internationalen Vergleich relativ wenige zusätzliche Hilfsgelder (4,8% des BIP) nötig waren (im Vergleich zu Deutschland (8,3%), Österreich (8,5%), Frankreich (5,2%), Grossbritannien (9,2%), Japan (11,3%) oder den USA (11,8%)). (vgl. <https://www.nzz.ch/wirtschaft/corona-hilfsmassnahmen-die-maer-von-der-knausrigen-schweiz-ld.1597864?reduced=true>)

Genau dieser Sozialstaat soll nun wiederum neuen Sparmassnahmen zum Opfer fallen. So soll es unter anderem den Budgetposten der Witwenrente und der Kinderbetreuung an den Kragen gehen. Damit werden genau jene Institutionen ausgehöhlt, die im Krisenfall für mehr Stabilität sorgen können und verhindern, dass hohe ausserordentliche Kosten entstehen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse, bei welchen übers Wochenende mal schnell per Notrecht eine marode Bank mit Steuergeldern in zigfacher Milliardenhöhe gerettet wurde, wirkt diese Art der kleingeistigen Schuldenpolitik erst recht grotesk. (mb)



Projektziel: Sozialer Wandel

«Wir sind noch nicht weit genug gegangen. Wir haben immer noch geglaubt, dass wir etwas für unser Geld zurückkriegern müssten. Aber warum sollte uns irgendjemand die Wirklichkeit schuldig sein? Noch dazu die eigene? Und warum sollten wir zwischen den verschiedenen Geschichten Unterschiede machen dürfen: die einen mit Geld entschädigen, die anderen nicht, und sei es nach Zufallsprinzip? Niemand ist uns eine Geschichte schuldig! Und andererseits: Jede hat eine Entschädigung verdient!»
(Thomas Duarte, Was der Fall ist S. 297)»

Diese Passage ganz am Ende von Thomas Duartes Roman «Was der Fall ist?» markiert lediglich den Höhepunkt des langsam voranschreitenden Erkenntnisprozesses eines Stiftungsratspräsidenten am Ende seines Berufslebens. Nachdem es jahrzehntelang seine Aufgabe war, Geld an mehr oder weniger bekannte Entwicklungsprojekte auf der anderen Seite der Welt zu verteilen, macht plötzlich alles keinen Sinn mehr. Warum sollte ich darüber entscheiden können, was sinnvoll ist und was nicht? Auf welcher Grundlage soll man das überhaupt entscheiden können? Reicht eine gute Geschichte als Grund? Und was ist mit denen, die das Geld nötig hätten, jedoch keine gute Geschichte erzählen können?

Fluch und Segen der Stiftungsförderung

Wie fast alle gemeinnützigen Vereine und NGOs in Basel kann auch die Freiplatzaktion nur deshalb überleben, weil sie zu einem beträchtlichen Teil über Stiftungen finanziert wird. Schaut man sich ein bisschen in der Schweiz oder in anderen Ländern um, wird schnell deutlich: nirgendwo ist die Dichte an Beratungsstellen und anderen Angeboten für benachteiligte Menschen so hoch und ausdifferenziert wie in Basel. Dies verleiht uns gewisse Freiheiten, wenn es etwa darum geht, sich öffentlich politisch zu äussern. Auch ermöglicht es uns als Korrektiv zu staatlichen Behörden zu agieren, indem wir regelmässig Beschwerden gegen staat-

liche Entscheide einlegen, oder eine unzulässige Behördenpraxis zurückweisen. Dies können staatliche finanzierte Stellen oft nicht, bzw. de facto nur unter spezifischen Voraussetzungen. Ebenso ermöglicht diese Finanzierungsweise, dass auch Klient:innen aus anderen Kantonen zu uns in die Beratung kommen können, ohne dass darüber eine Diskussion zum interkantonalen Finanzierungsschlüssel entfacht würde. Auf diese Weise können wir auch Menschen unterstützen, die in einem Kanton mit weniger ausgeprägter Beratungsinfrastruktur leben.

Gleichzeitig produziert diese Art der Finanzierung auch eine Reihe an spezifischen Problemen: die Förderung durch Stiftungen wird fast immer projektbasiert ausgerichtet, ist deshalb oft auf einen bestimmten Zeitraum begrenzt und muss ergo immer wieder neu beantragt und aufgelegt werden. Dies führt dazu, dass Tätigkeiten nicht langfristig angelegt werden können, da sie innerhalb des Projektzeitraums abgeschlossen werden müssen. Kleinere Vereine und NGOs müssen sich oft um begrenzte Mittel bemühen, was je nach Feld zu einer unproduktiven Konkurrenz zwischen Projekten führen kann. Hinzu kommt, dass sich nicht wenige Basler Stiftungen als «politisch neutral» verstehen, was zuweilen zu einer seltsam anmutenden Entpolitisierung von sozialpolitischen Fragestellungen führt. Die Kriterien von Stiftungen an Projekte sind oft dieselben: Projekte sollen möglichst produktförmig und in

sich abgeschlossen sein, mit eindeutig bemess- und ausweisbaren Resultaten. Lohnkosten, Betriebskosten, Mietkosten (jene Kosten, die in der Regel anteilmässig überwiegen), lassen sich hingegen meist nur schwerlich finanzieren. Im schlimmsten Fall drängen projektförmige Finanzierungsstrukturen NGOs dazu, ihre Aktivitäten auf diejenigen Bereiche zu konzentrieren, die am besten finanziert werden können, anstatt auf diejenigen, die am dringendsten benötigt werden (oder: in denen der größte Handlungsbedarf besteht). Nicht zuletzt entsteht durch die zyklisch wiederkehrenden Antrags- und Berichterstattungswellen ein erheblicher Verwaltungsaufwand durch welchen NGOs einen schmerzhaft grossen Teil ihrer Zeit und Ressourcen für administrative Aufgaben aufwenden müssen, anstatt sich auf ihre eigentliche Arbeit zu konzentrieren.

Eine Stiftung für jeden Fall

Die Schweiz hat ein sehr liberales Stiftungsrecht. Die Auflagen zur Gründung einer Stiftung sind minimal und bei der Wahl des Stiftungszwecks bietet der Schweizer Rechtsrahmen sehr viel grössere Freiheiten als in vielen anderen Ländern. So werden Stiftungen fast automatisch als gemeinnützig angesehen und dies, obwohl der Begriff der Gemeinnützigkeit eigentlich im Steuer- und nicht im Stiftungsrecht verankert ist. Diese günstigen Rahmenbedingungen (sowie die nicht unerheblichen steuerlichen Vor-

teile, die eine Stiftung bietet) legen es Vermögenden Menschen in der Schweiz, und insbesondere im humanistisch geprägten Basel, nahe, eine Stiftung zu gründen.

Wie die interessanten Interviews der Publikation «Wie die Reichen denken und lenken» von Ueli Mäder et. al. (2010) zum Ausdruck bringen, spielen jedoch auch noch ganz andere Faktoren eine Rolle. So machen die befragten Philanthrop:innen etwa deutlich, dass sie dem Staat gegenüber eine gewisse Skepsis hegen, ob dieser ihr Steuergeld auch wirklich sinnvoll zu investieren vermag. Stiftungen sollen innovative Projekte hervorbringen, keine Mittelmässigkeit. Hier geht es darum etwas Neues, Andersartiges zu schaffen, nicht dem ineffizienten Staat unter die Arme zu greifen. Nach dieser Logik bleibt auch Stiftungskapital eben Kapital. Es soll nicht wie in Thomas Duartes Roman einfach Geld ausgegeben werden, sondern, wie Cerletti-Sarasin in einem der Interviews beschreibt: «Geld muss in Fluss bleiben. Geld ist eine Form von Energie. Ich habe diese Energie in der Hand. Ich kann sie

zurückhalten oder fließen lassen. Wenn die Energie fließt, passieren viele interessante Sachen». Ob eine Sache interessant ist oder nicht, liegt letztlich im Ermessen des Stiftungsrates.

Neue Debatten

Spätestens seit den zahlreichen und medienwirksamen Auftritten der Millionenerbin Marlene Engelhorn, die die Ansammlung von Reichtum als (weisses) Privileg problematisiert, ist die Debatte um alternative Modelle zur klassischen Philanthropie auch in Europa angekommen. Hier steht nicht so sehr die Frage im Zentrum, wie man grosse Mengen Geld möglichst «effizient» und «wirksam» einsetzen kann um soziale Probleme zu lösen. Stattdessen wird die Perspektive umgekehrt: Warum werden nicht einfach die Steuern erhöht um soziale Versorgungslücken zu schliessen? Wie sind die unglaublichen Vermögen von Philanthrop:innen überhaupt zustande gekommen? Wie liesse sich das Verhältnis zwischen Vermögenden und Unvermögenden

anders denken? Diese und weitere Fragen werden wesentlich von einer jüngeren Generation an schweizerischen Erb:innen gestellt, die mit ihren Initiativen Wege aus ihrem unverdienten Reichtum suchen. So etwa die europäische Guerilla Foundation, der britische Edge-Fund; oder die amerikanische Initiative «class traitors». Eine ähnliche Argumentation verfolgt auch das Basler Solikonto, das in seinen Flyern erklärt wie praktische Umverteilung funktionieren kann.

Des Pudels Kern

Die Frage, die sich letztlich alle – und damit schliesse ich auch die Freiplatzaktion Basel ein – stellen müssen, ist die Frage, ob man in der Lage ist, mit Geld irgendetwas an jenen Strukturen zu verändern, welche die Probleme hervorbringen oder ob man im schlimmsten Fall sogar noch die Umstände zementiert, aus welchen sie erwachsen. Dies lässt sich nur auf längere Sicht beantworten und auf keinen Fall innerhalb eines «Projektzeitraums».

(mb)

Leseliste

Thomas Duarte: «Was der Fall ist»; Lenos Verlag, 2021

Ganga Jey Aratnam, Ueli Mäder, Sarah Schilliger: «Wie die Reichen denken und lenken»; Rotpunktverlag, 2010

Projekte

www.solikonto.ch
www.guerrillafoundation.org
www.edgefund.org.uk

Impressum

Redaktion, Layout & Lektorat

Freiplatzaktion Basel: Moritz Bachmann (mb), Moreno Casasola (cas), Lea Schlunegger (lea), Linda Spähni (ls), Stephy-Mathew Moozhyyil (smm)

2500 Exemplare

Spendenkonto

Basellandschaftliche
Kantonalbank
4410 Liestal/H
PC 40-44-0
Clearing Nr. 769
IBAN CH6800769016310143829

Kontakt

Freiplatzaktion Basel
Elsässerstrasse 7
CH-4056 Basel
Tel. +41 61 691 11 33
infos@freiplatzaktion-basel.ch
www.freiplatzaktion-basel.ch



Cash rules everything around me

In der Schweiz gibt es in allen grösseren Orten eine relative Fülle an spezifischen Angeboten für Migrant:innen, die sich von Rechtsberatung bis zum Schwimm- oder Nähkurs erstrecken. Auffällig ist hingegen, dass es nicht allzu viele Angebote gibt, die gleichzeitig zu ihrem Angebot auch finanzielle Unterstützung oder Unterstützung bei der Suche nach finanzieller Unterstützung anbieten. Das ist schade.

Es klingt etwas lapidar, entspricht aber der Realität: viele, vielleicht die meisten Probleme im Migrationsbereich lassen sich mit Geld lösen. Migrationspolitik ist Wirtschaftspolitik – es geht eigentlich immer um Geld. Entweder auf der Makroebene, auf welcher sich bspw. die Türkei die «Nichtweiterleitung» von potentiellen Asylsuchenden von der EU entgelten lässt oder Italien dem jeweiligen libyschen Regime seit Jahrzehnten jährliche Unsummen für den gleichen «Service» zahlt. Oder auf der Mikroebene, auf welcher Sadiq* 600.00 Euro benötigt, damit er nach Paris reisen und auf der Botschaft dort seinen Pass erneuern lassen und dann die Mutter seiner beiden Kinder, Farrah*, heiraten kann. Sadiq lebt seit Längerem in der Schweiz und nimmt regelmässige Beratungstermine in der Freiplatzaktion Basel wahr. Zu «migrieren», das Wort sagt es schon, sei «das Letzte, was du tun willst», sagt er. «Du gibst alles auf – deine Familie, dein Umfeld, deine Boxstunde am Dienstag Abend, deinen Lieblingsladen an der Ecke, einfach alles. Trotzdem gehst du, obwohl du weisst, dass es gefährlich ist, dass

du vielleicht sogar sterben könntest auf so einem verdammten Gummiboot. Und weisst du warum? Wegen diesem blöden Geld.» Sadiq ist Mitte dreissig, eigentlich ausgebildeter Automechaniker und seit neun Jahren in Europa, davon sechs in der Schweiz. Er stammt aus dem Senegal und hatte niemals Chancen auf Gutheissung seines Asylgesuchs. Das wusste er, trotzdem hat er eines gestellt, als er in Italien ankam. «Etwas anderes konnte ich ja nicht machen. Ich war einfach arm. Oder weisst du etwas anderes?».

Kein Status, keine Arbeit, keine Perspektive

Sadiq hat die letzten fünf Jahre als «Ausreisepflichtiger» in der Schweiz gelebt. Mangels gekläarter Identität konnte er weder ausgeschafft werden, noch hier in der Schweiz richtig Fuss fassen: kein Status, keine Arbeit, keine Perspektive. Das Schicksal der meisten abgewiesenen Asylsuchenden in der Schweiz. Er hat zwei Kinder, einen einjährigen Sohn und eine dreijährige Tochter. Weil er bis dato unverheiratet ist, gilt er nicht als der gesetzliche Vater der Kinder. Die Mutter seiner Kinder stammt ur-

sprünglich aus dem Togo und lebt in Basel mit einer vorläufigen Aufnahme. Eine Arbeit hat sie bislang nicht gefunden, sie lebt von der Sozialhilfe. «Mit dem Geld, das Farrah von der Sozialhilfe bekommt, reicht es für das Nötigste. Sie bekommt ja weniger¹, als ob es nicht schon wenig genug wäre», meint Sadiq. «Für alles ist es zu knapp. Klar gibt es überall Angebote für günstige Kinderkleider, verbilligte Lebensmittel, alte Möbel. Aber es reicht am Schluss dann halt trotzdem nicht.» Sadiq selber erhält Nothilfe, das sind etwa CHF 250.00 pro Monat. Nebenbei arbeitet er ab und zu schwarz auf dem Bau, als Zügelhilfe oder im Eventbereich. Arbeit als Automechaniker hat er bislang nie gefunden. «Dass ich arbeite weiss niemand. Und von dem Geld schicke ich fast alles zu meinen Verwandten im Senegal. Wenn ich 500.00 Franken verdiene, schicke ich 450.00 «nach Hause». Das muss ich», sagt er mit einer Bestimmtheit, die jeden Zweifel erübrigt. «Das war mein Auftrag: schick soviel Geld wie du kannst. Und finde eine Frau. Eine reiche Frau, wenn es geht», Sadiq lacht. Sadiq und Farrah kennen sich mittlerweile ziemlich gut aus in

der Schweiz. Sie wissen, dass sie bei der einen Organisation Lebensmittel holen können, bei der anderen Babykleider finden, dass gewisse Stiftungen auf Gesuch hin gewisse Sachen übernehmen. Dabei helfe ich ihm meistens: beim Verfassen dieser Gesuche, die stets schriftlich zu stellen sind. Aber diese Orte sind rar und die Gesuche werden oft abgelehnt, nicht selten mit Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip. «Wenn wir endlich verheiratet wären, dann würde ich auch eine vorläufige Aufnahme bekommen und könnte arbeiten, aber das Prozedere zieht sich. Und auch das kostet wieder: 100 Euro hier, 200 Franken da, Stempel hier, Urkunde da. Alles kostet.». Wenn ich mich jeweils mit Saddiq treffe, dann fühle ich mich im Grunde überflüssig. Ich kann ihm nicht wirklich helfen, er weiss eigentlich alles, was er wissen muss oder wissen kann. Und er kennt sich bei vielen Sachen besser aus, als ich selbst. Wann immer er sich bei mir meldet, braucht er Geld – das ist das einzige, wobei ich ihm konkret und tatsächlich helfen kann. Manchmal, indem ich ihm beim Schreiben solcher Gesuche helfe, manchmal, indem ich ihm Geld von unserem dafür vorhandenen Budget bei der Freiplatzaktion gebe. Geld von mir selber will er bislang nicht annehmen. «Das wäre komisch», so seine ausschweifende Begründung. Ich sehe das anders, insistiere aber nicht.

Das grosse Misstrauen

Über Saddiq habe ich vieles gelernt. Z.B., dass wir in der Schweiz eine starke Kultur des Misstrauens

gegenüber bedürftigen Menschen haben. Sie stehen in einer Bringschuld und müssen dankbar sein. Und ihre Not stets überprüfbar. Wir geben nicht einfach etwas, wenn Menschen in Not sind, sondern wir wollen immer wissen, wofür das Geld ist, ob alles mit rechten Dingen zugeht und unser Beitrag auch «wirksam» eingesetzt wird. Diese Haltung beobachte ich auch bei staatlichen Institutionen wie der Sozialhilfe oder der Arbeitslosenversicherung, was mich je länger je mehr befremdet. «Diese Sichtweise trägt mit dazu bei, dass politische Vorstösse zu Ungunsten bedürftiger Menschen häufiger Anklang finden», sagt mir eine Kollegin, die auf dem Sozialdienst einer Gemeinde arbeitet. «Ich weiss nicht warum, aber oft verwalten die zuständige Sachbearbeiter:innen die Sozialhilfegelder, als ob es ihr eigenes Geld wären – deshalb werden [auf der entsprechenden Sozialhilfestelle, anm. d. Red.] so viele Anträge abgelehnt. Grosszügigkeit wäre hingegen viel zielgerichteter. Oftmals könnte ich jemandem 500 Franken in die Hand drücken und damit wären dann mehr Probleme gelöst, als wenn ich diese Person zwei Monate «aktiviere». Aber dafür habe ich keinerlei Spielraum, es ist frustrierend.» Das leuchtet mir ein. Und mir kommt wieder Saddiq in den Sinn, wenn er sagt: «Weisst du, wenn ich das Geld nicht brauchen würde, dann würde ich nicht fragen. Fragen ist nämlich gar nicht so einfach.» Auch das leuchtet mir ein. (cas)

* Namen geändert

«Du gibst alles auf – deine Familie, dein Umfeld, deine Boxstunde am Dienstag Abend, deinen Lieblingsladen an der Ecke, einfach alles. Trotzdem gehst du, obwohl du weisst, dass es gefährlich ist, dass du vielleicht sogar sterben könntest auf so einem verdammten Gummiboot. Und weisst du warum? Wegen diesem blöden Geld.»

¹ In der Schweiz erhalten vorläufig aufgenommene Ausländer:innen einen kantonal unterschiedlichen Ansatz von Asylsozialhilfe. Die Ansätze liegen von Gesetzes wegen unter den Ansätzen für die einheimische Bevölkerung (vgl. Art. 86 AIG).

Danke für Ihre Spende!



Die Freiplatzaktion Basel existiert seit mittlerweile bald 40 Jahren. In den letzten Jahren wurde die Transformation von mehrheitlich Ehrenamt zu mehrheitlich Lohnarbeit vollzogen. Dies brachte natürlich beträchtliche Mehrkosten mit sich, weshalb sich seitdem die ständige Frage aufdrängt: «wer soll das eigentlich alles bezahlen?». Wir wollen heute diese Frage beantworten und dazu einen tieferen Einblick in unsere Finanzen gewähren.

Es mag Ihnen vielleicht gar nie aufgefallen sein, aber seitdem wir dieses Rundschreiben herausgeben – und dies ist nun immerhin schon die vierzehnte Ausgabe – haben wir Sie nie explizit um eine Spende gebeten. Vielleicht, weil wir dafür zu schüchtern sind oder sich immer irgendwie etwas Unerklärliches in uns dagegen gewehrt hat. Doch heute möchten wir genau dies für einmal machen. Zu diesem Zweck haben wir eigens unsere neue Spendenplattform eingerichtet, auf welcher Sie sehen können, was wir denn eigentlich so alles mit dem Geld machen, wenn wir es einmal haben.

Wie Sie dort nun sehen können, könnten Sie, wenn Sie gerade unglaublich flüssig wären, mit dem bescheidenen Betrag von CHF 250'000.00 unsere gesamten Lohnkosten für ein Jahr übernehmen. Bevor Sie nun aber denken «ja klar, das mach ich sofort!» möchten wir Ihnen diesbezüglich noch ein paar weitere Informationen zu unserer Gehaltsstruktur zur Verfügung stellen. So zahlen wir all unseren fix Angestellten – vom Reinigungspersonal bis zur Geschäftsleitung – prozentual den gleichen Lohn. Dieser beträgt monatlich CHF 6'500.00 inkl. 13.

Monatslohn brutto bei einer Anstellung zu 100%. Für Praktika zahlen wir derzeit CHF 1'785.00 inkl. 13. Monatslohn brutto bei einer Anstellung zu 100%. Neben den Lohnkosten entfallen die restlichen CHF 100'000.00 unserer rund CHF 350'000.00 an jährlichen Fixkosten entfallen hauptsächlich auf zwingende Infrastruktur (Miete, Bürobedarf), Öffentlichkeitsarbeit und auf Direktzahlungen an Betroffene. Dieselben CHF 100'000.00 sind es übrigens auch, welche jeweils zu Jahresbeginn als «chronisch-strukturelles Defizit» und dem Zusatz «unklar, wie wir diese Summe zusammenkriegen» in unserer Budgetplanung auftaucht. Entspannung ist lernbar.

Ein Fond für Direktzahlungen

Stichwort Budgetplanung: gerade unsere Direktzahlungen wachsen in den letzten Jahren beständig an, weshalb wir gerne einen ständigen Fond in der Höhe von mind. CHF 50'000.00 jährlich dafür einrichten würden. Falls Sie also denken «Fantastische Idee! Auf das bizli jährliche Lohnkosten leg ich die 50'000.00 doch grad noch oben drauf!», dann seien Sie sich unserer unendlichen

Dankbarkeit sicher! Und sicher ist auch: wir sind Ihnen auf jeden Fall für jede Unterstützung in jeder Höhe dankbar. Da wir aber – ganz ur-schweizerisch – nicht so richtig wissen, wie man völlig unverkrampft über Geld redet, müssen wir auf billige Zoten und ein wenig Selbstironie zurückgreifen, statt dass wir Sie unverblümt und direkt um Ihre Unterstützung bitten könnten. Sicher ist lediglich: wir brauchen sie. Und natürlich Sie. In diesem Sinne: Danke sehr! (cas)

Unser neues Spendenformular finden Sie auf unserer webseite. Das entsprechende Spendenicon ist dezent, aber dennoch nicht zu übersehen.